Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Schönberg (SCHÖN/GV/07/2010) vom 09.11.2010

Anwesend:

Vorsitzende/r
Herr Wilfried Zurstraßen

Mitglieder
Herr Sven Asbahr
Frau Rosemarie Benecke
Frau Hildegard Buchenau
Herr Jürgen Cordts
Herr Peter Ehlers
Herr Wilfried Friese
Frau Antje Klein
Herr Arnold Lühr
Herr Uwe Manstein
Herr Henner Meckel
Frau Claudia Petersen
Herr Franz Schnekloth
Herr Sönke Stoltenberg
Herr Horst Wegner
Herr Dieter Winkler

Sachkundige/r
Herr Horst Diekmann

Presse
Gabriele Butzke
Herr Norbert Zimmer

Protokollführer/in
Frau Angela Grulich

Abwesend:

Mitglieder
Herr Wolfgang Mainz
Herr Wolfgang Mertineit
Herr Dr. Malte Raetzell

Beginn:	20:00 Uhr
Ende	21:20 Uhr
Ort, Raum:	24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg, Sitzungssaal (Erdgeschoss)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 20:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor, diese lautet damit wie folgt:

Tagesordnung:		Vorlagennummer:
- öffentliche Sitzung -		
1.	Einwohnerfragestunde	
2.	Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 28.09.2010 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	
3.	Aufstellung des B-Planes Nr. 57 -Am alten Bahnhof- (Festlegung des Plangebietes und der allgemeinen Ziele und Zweckbestimmungen der Planung)	SCHÖN/BV/175/2010
4.	Kur- und Fremdenverkehrsabgabe (Satzungsbeschüsse), Strandkorbmieten (Tarifbeschluss)	SCHÖN/BV/150/2010/4
5.	Änderung der Straßenreinigungssatzung	SCHÖN/BV/170/2010
6.	Beratung und Beschlussfassung über ein touristisches Zukunftskonzept für die Jahre 2010 bis 2020 in den Strand- und touristisch bedeutsamen Gebieten; Antrag der CDU-Fraktion vom 13.10.2010	
7.	Bekanntgaben und Anfragen	

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen liegen nicht vor.

TO-Punkt 2: Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 28.09.2010 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Einwendungen gegen die vorgenannte Niederschrift werden nicht vorgetragen. Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil wurden nicht gefasst.

TO-Punkt 3: Aufstellung des B-Planes Nr. 57 -Am alten Bahnhof- (Festlegung des Plangebietes und der allgemeinen Ziele und Zweckbestimmungen der Planung) Vorlage: SCHÖN/BV/175/2010

Gemeindevertreter Schnekloth und Manstein verlassen den Sitzungssaal um 20:03 Uhr, da ein Ausschließungsgrund nach § 22 GO vorliegt.

Der Bürgermeister erläutert ausführlich die Vorlage. Er verweist auf den bisherigen Verfahrensgang und die einstimmige Beschlusslage im Rahmen der Vorberatung im Bauausschuss. Er berichtet ferner, dass für den 24.11.2010 eine Einwohnerversammlung geplant ist, um den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, ihre Anregungen und Bedenken vorzutragen, damit diese in den Willensbildungsprozess einfließen können.

Gemeindevertreter Cordts verweist auf die aktuelle Berichterstattung in der Presse. Hier sei es aus seiner Sicht zu Irritationen gekommen. Die Haltung der EIS-Fraktion zu dem Projekt sei nicht ganz richtig wiedergegeben worden. Er möchte deutlich machen, dass die EIS die Planung ausdrücklich begrüßt, auch bezogen auf die geplante Aufenthaltsqualität. Wichtig sei der EIS allerdings, angesichts der unmittelbaren Nähe zur Tankstelle darauf zu achten, dass der neugestaltete Platz nicht zu einem nächtlichen Treffpunkt zum gemeinsamen Alkoholkonsum genutzt werde.

Gemeindevertreter Winkler erklärt, dass die SPD-Fraktion mit großer Mehrheit der Überzeugung ist, dass die Planung die Gemeinde aufwertet und somit ein wichtiger Beitrag für die Attraktivitätssteigerung ist.

Auch Gemeindevertreter Stoltenberg sieht in der Planung einen Gewinn sowohl für die Wirtschaft als auch für die Bürgerinnen und Bürger. Schlussendlich werden alle davon profitieren. Die Gemeinde sei hiermit auf einem sehr guten Weg.

Der Bürgermeister erläutert anschließend, dass mit dieser Planung nicht etwa die Wünsche von Unternehmen befriedigt werden, sondern dass die Gemeinde ganz ausdrücklich mit dem Planvorhaben vier gemeindliche Ziele verfolgt, und zwar zum einen, dass ein Betrieb, der im Ort historisch gewachsen ist, aber im Grunde dort nicht mehr hingehört, durch die Planung in Schönberg einen anderen Standort finden kann. Zum zweiten trägt das Planvorhaben dazu bei, dass Schönberg sich als Einkaufsstandort profilieren kann. Durch eine Steigerung der Attraktivität der Angebote könne die verlorene Umlandnachfrage ein Stück weit zurückgewonnen werden. Schließlich leiste das Planvorhaben einen wertvollen Beitrag für die städtebauliche Gestaltung der Gemeinde und nicht zuletzt werden durch das Planvorhaben Parkplätze geschaffen, die zu einem attraktiven Einkaufsstandort dazugehören.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss:

Beschluss über die Erweiterung des Plangebietes und über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung (Grundzüge der Planung)

A. Änderung des Aufstellungsbeschlusses

Aufgrund der Einbeziehung der angrenzenden Erschließungsflächen, die für die Erschließung des Vorhabens benötigt werden, wird der Plangeltungsbereich gemäß Anlage neu festgelegt.

B. ALLGEMEINE ZIELE UND ZWECKBESTIMMUNGEN

Als allgemeine Ziele und Zweckbestimmungen werden folgende Einzelheiten für die Planung festgelegt:

1. Art der baulichen Nutzung

a.) Gebietsbezeichnungen **SO großflächiger Einzelhandel**

für überwiegend periodischen Bedarf (Verbrauchermarkt/Vollsortimenter und Discounter) sowie mit untergeordneten Teilflächen für den aperiodischen Bedarf (Fachmarkt/Shopzone) Ausschluss von: Drogeriefachmarkt und Apotheken

SO Einzelhandel

für überwiegend aperiodischen Bedarf (z.B. Kaufhaus)

SO Tankstelle und Reifenhandel

für eine Tankstellennutzung und Nutzungen des Reifenhandels (Reparatur und Verkauf) mit eingeschränkten Warensortiment für den periodischen Bedarf

b.) Verkaufsflächen

SO großflächiger Einzelhandel
für überwiegend periodischen Bedarf Verbrauchermarkt/Vollsortimenter ca. 1.800 m²
Discounter ca. 900 m²
Getränkemarkt ca. 400 m²
Fachmarkt/Shopzone (550/250) ca. 800 m²

SO Einzelhandel

für überwiegend aperiodischen Bedarf (z.B. Kaufhaus)
ca. 1.100 m²

SO Tankstelle und Reifenhandel

für eine Tankstellennutzung ca. 250 m²

2. Maß der baulichen Nutzung

a.) Grundflächen

SO großflächiger Einzelhandel
für überwiegend periodischen Bedarf Verbrauchermarkt/Vollsortimenter
Discounter
Getränkemarkt
Fachmarkt/Shopzone
Gesamtfläche: 6.500 m²

SO Einzelhandel

für überwiegend aperiodischen Bedarf (z.B. Kaufhaus)
ca. 2.100 m²

SO Tankstelle und Reifenhandel

für eine Tankstellennutzung ca. 1.000 m²

b.) Geschossigkeiten

SO großflächiger Einzelhandel
für überwiegend periodischen Bedarf Verbrauchermarkt/Vollsortimenter

Discounter
Getränkemarkt
Fachmarkt/Shopzone **I-geschossig**

SO Einzelhandel
für überwiegend aperiodischen Bedarf (z.B. Kaufhaus) **II-geschossig**

SO Tankstelle und Reifenhandel
für eine Tankstellennutzung **II-geschossig**

c.) Gebäudehöhen (Grobwerte)

SO großflächiger Einzelhandel

	mittlere reale Höhe
für überwiegend periodischen Bedarf Verbrauchermarkt/Vollsortimenter	
Discounter	7,0
Getränkemarkt	6,0
Fachmarkt/Shopzone	8,0
Einhausungen	5,0

SO Einzelhandel
für überwiegend aperiodischen Bedarf (z.B. Kaufhaus)
mittlere reale Gebäudehöhe 8,0 / 11,0
(aufgrund zwei unterschiedlicher Bestandshöhen)

SO Tankstelle und Reifenhandel
für eine Tankstellennutzung
mittlere reale Gebäudehöhe 8,0

Stimmberechtigte:	16		
Ja-Stimmen: 14	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 2

Gemeindevertreter Schnekloth und Manstein betreten den Sitzungssaal um 20:16 Uhr.

TO-Punkt 4: Kur- und Fremdenverkehrsabgabe (Satzungsbeschüsse), Strandkorbmieten (Tarifbeschluss)
Vorlage: SCHÖN/BV/150/2010/4

- Tischvorlage -

Der Bürgermeister verweist auf die vorliegende Tischvorlage, mit der eine Änderung des vorgelegten Satzungsentwurfes vorgestellt wird. Er erläutert hierfür die Hintergründe.

Gemeindevertreter Meckel erkundigt sich nach den Strandkorbtarifen auf Seite 5 der Vorlage. Der Wochenkorb erhöhe sich von 32,00 € auf 39,00 €, diese Erhöhung liege deutlich

über den anderen Steigerungen, die sich nur auf etwa 10 belaufen %. Er erkundigt sich, ob es sich hier ggf. um einen Rechenfehler handelt.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies nicht der Fall ist. Er erkundigt sich, ob der Tarif für den Wochenkorb so beibehalten werden soll, oder ob die Gemeindevertreter diesen ändern möchten.

Die Gemeindevertretung spricht sich einvernehmlich dafür aus, den Tarif für den Wochenkorb nicht zu verändern.

Gemeindevertreter Meckel erklärt, dass er gleichwohl gern eine Auskunft darüber haben würde, wie diese Erhöhung kalkuliert worden ist.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt

1. die „1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe und einer Strandbenutzungsgebühr in der Gemeinde Schönberg / Holstein“ in der Fassung des vorgelegten Entwurfes unter Berücksichtigung der in der Tischvorlage dargelegten Änderungen. Die in der Kalkulation sowie in den textlichen Erläuterungen zur Kalkulation getroffenen Ermessensentscheidungen nimmt die Gemeindevertretung zur Kenntnis und schließt sich ihnen ausdrücklich an.

2. die „Satzung über die Erhebung einer Fremdenverkehrsabgabe in der Gemeinde Schönberg / Holstein (FVASa)“ in der Fassung des vorgelegten Entwurfes. Die in der Kalkulation sowie in den textlichen Erläuterungen zur Kalkulation getroffenen Ermessensentscheidungen nimmt die Gemeindevertretung zur Kenntnis und schließt sich ihnen ausdrücklich an.

3. den „Tarif der Gemeinde Schönberg / Holstein über die Entgelte für die Aufstellung und Vermietung von Strandkörben am konzessionierten Badestrand der Ortsteile Schönberger Strand und Kalifornien“ in der Fassung des vorgelegten Entwurfes.

Stimmberechtigte:	16		
Ja-Stimmen: 16	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 5: Änderung der Straßenreinigungssatzung
Vorlage: SCHÖN/BV/170/2010

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen im Bauausschuss.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Gemeinde Schönberg vom 07.08.1995 (8. Nachtrag) gemäß Anlage.

Stimmberechtigte:	16		
Ja-Stimmen: 16	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 6: Beratung und Beschlussfassung über ein touristisches Zukunftskonzept für die Jahre 2010 bis 2020 in den Strand- und touristisch bedeutsamen Gebieten; Antrag der CDU-Fraktion vom 13.10.2010

Gemeindevertreter Stoltenberg begründet ausführlich den Antrag der CDU-Fraktion auch unter Hinweis auf die aktuellen Problemlagen in den Strandgebieten. Er zählt einige Problembereiche auf. Zum einen gehe es um die Bebauung als solche, die Gestaltung der Eingangsbereiche aber auch um die Bauruine am Schönberger Strand. Hierüber müsse man sich unterhalten und auch über eine intelligent geplante Gastronomie. Dies sind Aufgaben für die Gemeinde, denen sie sich stellen muss. Man müsse sich angesichts der aktuellen Situation fragen, ob die bisherigen Konzepte die richtigen sind. Das bestehende Tourismuskonzept sei im übrigen bereits fünf Jahre alt. Allein werde die Gemeinde nicht den richtigen Weg finden, sie brauche Ideen und Anregungen und fachkundigen Rat von außen. Als geeignete Beratungsinstitute könnten beispielsweise die Fachhochschule für Wirtschaft und Touristik in Heide herangezogen werden, ggf. auch im Rahmen einer Master- oder Bachelor-Projektarbeit. Er verweist ferner auf die Gespräche mit den Gastronomen, die nach seiner Auffassung intensiviert werden müssen. Die Inhalte müssen auch nach draußen transportiert werden und sich nicht etwa wie bei dem „Runden Tisch Soziales“ im Verborgenen abspielen. Der Schönberger Strand sei ein elementares Gebiet für die Gemeinde Schönberg. Die Dinge, die dort passieren gehen den Bürger an, deshalb müssen die Bürger einbezogen und gehört werden. Die Frage sei beispielsweise auch, ob das Projekt „Spielerlebniswelten“ tatsächlich der richtige Weg ist oder ob man den Eigenanteil der Gemeinde für dieses Projekt nicht besser in andere Dinge investiert. Die Intention der CDU sei, ein Zukunftskonzept auf den Weg zu bringen. Über Form und Ausgestaltung kann dann gern der Wirtschaftsausschuss beraten.

Gemeindevertreter Winkler kann den Ausführungen von Gemeindevertreter Stoltenberg nicht so ganz folgen. Gemeindevertreter Stoltenberg gehe es offensichtlich in erster Linie um die Bebauung am Schönberger Strand, die für die Problemlagen in der Gastronomie verantwortlich gemacht werden. Fakt sei aber, dass offensichtlich nur zwei Gastronomen in den Strandgebieten Probleme haben. Alle anderen haben dies nicht bestätigt. Die Gemeinde habe ein Tourismuskonzept. Man sollte sich daher mit diesem Konzept beschäftigen und nicht ein neues Konzept in Auftrag geben. Die SPD will dies ganz sicherlich nicht. Einig sei man sich allerdings in dem Punkt, dass Bürger und Leistungsanbieter beteiligt werden müssen, sei es über einen „Runden Tisch“ oder auf andere Art und Weise.

Gemeindevertreterin Buchenau unterstützt die Auffassung von Herrn Winkler. Sie berichtet, dass sie zahlreiche Gespräche mit Gastronomen geführt habe. Sie hält es auch für sehr wichtig, zunächst einmal mit den Leistungsträgern zu sprechen. Der zweite Punkt sei, dass die Pachten am Schönberger Strand so hoch sind, dass kaum wirtschaftlich gearbeitet werden kann. Hier müsse man an die Verpächter herantreten. Der dritte Punkt sei, dass letztendlich die Dienstleister ihre Aufgabe teilweise nicht so verstehen, wie man sich das vorstellen darf. Im Ergebnis ist sie der Auffassung, dass man sich zunächst einmal zusammensetzen solle und mit den beteiligten Akteuren Stärken und Schwächen ausloten.

Gemeindevertreter Cordts erklärt, dass auch die EIS sich angesichts der aktuellen Problemlagen gefragt habe, welche Lehren und Arbeitsschritte hieraus zu erfolgen haben. Ganz pragmatisch sei daher zunächst einmal ein „Runder Tisch“ einberufen worden. Die Gemeinde Schönberg habe ein Tourismuskonzept aus dem Jahr 2005, das zuletzt 2008 aktualisiert worden ist. Die EIS halte nichts von Aktionismus. Sie stellt daher einen Alternativantrag und schlägt die Überprüfung des bestehenden Konzepts und eine Analyse der bisherigen Umsetzung vor. Dies soll in der ersten Sitzung des Wirtschaftsausschusses 2011 diskutiert werden, so dass vorgeschlagen wird, die Überprüfung des Tourismuskonzepts an den Wirtschaftsausschuss zu verweisen. Wichtig sei der EIS, dass die Ergebnisse der Gespräche mit

den Leistungsträgern in diese Diskussion mit einfließen können. Für diesen Prozess brauche man Zeit, deswegen solle man sich zunächst einmal mit dem beschäftigen, was man habe und nicht etwas Neues kreieren. Im übrigen sei der EIS wichtig, dass man sich nicht von einigen Einzelfällen instrumentalisieren lasse, die möglicherweise Probleme haben, die hausgemacht sind. Außerdem habe die Gemeinde auch ein Organisationsgutachten in Auftrag gegeben, das in der nächsten Woche vorgestellt wird. Auch diese Erkenntnisse sollten in den Diskussionsprozess mit einfließen.

Gemeindevertreterin Petersen weist darauf hin, dass 30 % der Arbeitsplätze am Tourismus hängen. Die Gemeinde könne es sich aus ihrer Sicht nicht leisten, darauf zu verzichten, die Leistungsanbieter zu hören, auch wenn es wie in diesem Falle nicht viele sind. Möglichweise seien es aber auch mehr als man vermute, da sich nicht alle gemeldet haben und nur die genannten Einzelfälle zu einem „Runden Tisch“ geladen worden sind.

Der Bürgermeister erklärt, dass er den Antrag der EIS für sachgerecht hält. Er weist im übrigen darauf hin, dass ein „Runder Tisch Tourismus“ nicht mit einem „Runden Tisch Soziales“ zu vergleichen sei. Bei dem „Runden Tisch Soziales“ handele es sich um ein Gremium, das nichtöffentlich tagt, weil durchaus auch sensible Themenbereiche diskutiert werden. Gleichwohl werde er den Gemeindevertretern wie auch schon zuvor gern das Protokoll des letzten „Runden Tisches Soziales“ zur Verfügung stellen.

Der Bürgermeister ist der Auffassung, dass man auch einzelne Problemstellungen und Sorgen von Leistungsträgern ernst nehmen sollte. Gerade aus diesem Grunde sei der „Runde Tisch Tourismus“ ein wichtiger Einstieg. Die Gemeinde habe aber nicht nur die Gastronomen, sondern viele verschiedene Arten von Leistungsanbietern. Seiner Auffassung nach bestehe derzeit ein Kommunikationsproblem und auch ein Vernetzungsproblem. Hier könne man mit gezielter Information gegensteuern, indem man miteinander redet und die Stärken und Schwächen des Ist-Zustandes erarbeitet. Er verweist im übrigen auf die Zuwächse, die die Gemeinde Schönberg im Tourismus zu verzeichnen hat. Von daher könne das Angebot so schlecht nicht sein. Er weist ferner darauf hin, dass 2005 ein Konzept zum Themenmarketing erarbeitet worden ist, das 2008 um ein Konzept erweitert wurde, in dem das Zielgruppenmarketing nach den Vorgaben des Landes im Vordergrund stand. Das Tourismuskonzept insgesamt sei offensichtlich auch bei den Leistungsanbietern nicht so präsent. Deswegen sei seine Idee, das Tourismuskonzept noch einmal vorzustellen, mit den Leistungsanbietern zu diskutieren und einzelne Umsetzungsschritte zu erarbeiten. Der erste Schritt sei also, mit den Leistungsanbietern ins Gespräch zu kommen. Dies sei eine gute Grundlage für die weitere Diskussion. Zum Thema „Spielerlebniswelten“ weist er darauf hin, dass letztendlich die CDU-Fraktion seinerzeit für sich sogar das „Copyright“ für das Projekt beansprucht habe.

Gemeindevertreter Stoltenberg erklärt direkt dazu, dass sich in der Tat manchmal die Vorzeichen und Situationen ändern, so dass es erlaubt sein muss, auch einmal über Projekte ins Nachdenken zu kommen. Er weist darauf hin, dass die zwei, drei Problemfälle nicht das Dogma für die CDU sind, sondern es gehe hier um sehr viel mehr. Die Gemeinde habe ihre Ausrichtung am Schönberger Strand neu zu überdenken. Man müsse schneller reagieren bzw. besser noch früher bei erkennbaren Problemen agieren. Er nennt noch einmal das Beispiel der Bauruine. Dieser Zustand sei aus seiner Sicht unhaltbar, ggf. könne man hier zumindest einen Zaun herumziehen, der Sichtschutz gibt. Er kann grundsätzlich mit dem Vorschlag leben, die Angelegenheit in den Wirtschaftsausschuss zu bringen. Er will aber unbedingt auch die Bürger hören, insbesondere auch, wie die Bürger zu dem Projekt „Spielerlebniswelten“ stehen.

Der Bürgermeister betont noch einmal, dass er das Katastrophenszenario, das die CDU hier eröffnet, nicht nachvollziehen kann. Er erinnert daran, dass vor zehn Jahren die Seebrücke am Strand errichtet worden ist. Vorher waren 50.000 Urlaubsgäste zu verzeichnen, nach dem Bau der Seebrücke waren es 70.000. Vor dem Bau der Seebrücke hatte man eine

Übernachtungszahl von unter 400.000 zu verzeichnen, nach dem Bau der Seebrücke waren es deutlich über 400.000. Auch die Zahl der Tagesgäste habe deutlich zugenommen. Es sei also ein deutlicher Zuwachs bei der Nachfrage zu verzeichnen. Das Angebot könne daher so schlecht nicht sein. Das heiße natürlich nicht, dass die Gemeinde nicht nach dem Optimum streben sollte.

Gemeindevertreterin Klein unterstützt den Antrag der EIS. Man habe durch die Tourismuskonzepte Fundamente, auf denen man aufbauen könne. Letztendlich sind auch schon viele Dinge umgesetzt worden. Die Stärken, die die Gemeinde habe, sind stetig ausgebaut worden und hier solle man jetzt auch wieder ansetzen.

Gemeindevertreterin Buchenau erklärt, dass sie aus eigener Erfahrung berichten kann, dass die Gäste zu 70 % wiederkommen an den Schönberger Strand, gerade weil sie mit den Leistungen der Gemeinde zufrieden sind.

Gemeindevertreter Cordts weist darauf hin, dass die Gemeinde 16 Jahre lang das Hauptaugenmerk auf den Schönberger Strand gerichtet habe. Kalifornien war in gewisser Weise ein „Stiefkind“. Auch hier sieht er Nachbesserungsbedarf.

Gemeindevertreter Winkler erklärt zum Thema „Bauruine“, dass man eine Ruine auch nicht durch ein Gutachten weg bekomme. Er verweist auf eine weitere Ruine im Ortskern. Gegen Privateigentum könne man insoweit nicht viel ausrichten.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass zwei Anträge vorliegen, die zur Abstimmung anstehen.

Gemeindevertreter Stoltenberg erklärt für die CDU-Fraktion, dass sie einen Teilbereich ihres Antrages zurückziehe und sich zum Thema „Tourismuskonzept“ dem Antrag der EIS anschließe. Den zweiten Teilbereich des Antrags jedoch, in dem es um die Bebauungskonzeption gehe, erhalte sie aufrecht.

Der Bürgermeister erläutert, dass es Gemeindevertreter Stoltenberg als Bauausschussvorsitzender selbstverständlich jederzeit freistehe, dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Bauausschusssitzung zu setzen.

Gemeindevertreter Cordts hält dies für eine gute Lösung, da letztendlich nicht damit gerechnet werden konnte, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag aufsplittet.

Gemeindevertreter Stoltenberg erklärt, dass er gleichwohl seinen Antrag hier und heute aufrecht erhalte.

Der Bürgermeister stellt zunächst den Antrag der EIS zur Abstimmung. Der Antrag wird dem Protokoll als Anlage beigefügt. Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die Überprüfung des „Tourismuskonzept Probstei“ 2005/2008. Dazu sollen sich alle Mitglieder des Wirtschaftsausschusses mit dem bestehenden Konzept befassen, um in der ersten Wirtschaftsausschusssitzung des Jahres 2011 unter Einschluss aller aufgelaufenen Kritikpunkte am Tourismuskonzept die Gültigkeit und Ergänzungsnotwendigkeit des „Tourismuskonzept Probstei“ zu diskutieren. Außerdem sollen die Ergebnisse des vom Bürgermeister bereits durchgeführten Gesprächs mit den betroffenen Gastronomen und des angekündigten „Runden Tisches“ mit allen Gewerbetreibenden vom Strand in die Diskussion mit einfließen.

Stimmberechtigte:	16		
Ja-Stimmen: 16	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Gemeindevertreter Stoltenberg formuliert im Anschluss daran den Antrag der CDU-Fraktion: Die CDU beantragt die Beratung und Beschlussfassung über ein zukunftsfähiges Konzept für die bauliche Konzeption der noch nicht bebauten bzw. künftig neu zu bebauenden Grundstücke in den Strandgebieten einschl. der Bewertung der gastronomische Situation mit möglichen Verbesserungsvorschlägen orientiert an touristisch nachgefragten Konzepten.

Der Bürgermeister schlägt vor, den Antrag dahingehend abzuwandeln, als dass der Antrag der CDU-Fraktion in den Bauausschuss verwiesen wird. Dies sei der weitergehende Antrag, über den zuerst abzustimmen sei.

Gemeindevertreter Stoltenberg erklärt sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss: Der Antrag der CDU-Fraktion zur Beratung und Beschlussfassung über ein zukunftsfähiges Konzept für die bauliche Konzeption der noch nicht bebauten bzw. künftig neu zu bebauenden Grundstücke in den Strandgebieten einschl. der Bewertung der gastronomische Situation mit möglichen Verbesserungsvorschlägen orientiert an touristisch nachgefragten Konzepten wird in den Bau- und Verkehrsausschuss verwiesen.

Stimmberechtigte:	16		
Ja-Stimmen: 13	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 3	Befangen: 0

TO-Punkt 7: Bekanntgaben und Anfragen

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Bürgermeister erkundigt sich, ob Bedarf für den nichtöffentlichen Sitzungsteil besteht. Dies ist nicht der Fall.

Der Bürgermeister schließt daraufhin die Sitzung um 21:20 Uhr.

gesehen:

Wilfried Zurstraßen - Bürgermeister -	Angela Grulich - Protokollführerin -	Sönke Körber - Amtsdirektor -